

Seniorenbeirat will mehr Informationen

»Gemeindevertreter verhindern dieses Ansinnen« – Gremium verärgert

Gemünden (pm). Der Seniorenbeirat hat sich jüngst mit dem Thema mehr Mitwirkungsrechte und mehr Beteiligung in Angelegenheiten, die den Bereich der Senioren betreffen, befasst und Satzungsänderungen erarbeitet. Seit Bestehen hat sich gezeigt, dass der Seniorenbeirat »nicht oder nur wenig« an Entscheidungsfindungen und Beratungen verschiedener Gremien in Angelegenheiten, die inhaltlich auch für Senioren bedeutend waren, beteiligt wurde.

Das habe zur Folge, dass Chancen und Möglichkeiten zur Verwirklichung der Teilhabe älterer Menschen am politischen Geschehen im derzeit rechtlich vorgegebenen Rahmen nicht optimal realisiert worden seien. »Dies wollen wir ändern«, so der Vorsitzende Peter Krug.

Daher fordert der Beirat, alle Sitzungsunterlagen zu den Sitzungen der Gemeindevertretung und deren Ausschüsse in einfacher Ausfertigung zu erhalten. »Dies ist uns enorm wichtig. Damit wollen wir erreichen, dass uns Informationen zu den Tagesordnungspunkten zur Verfügung stehen, wir uns damit befassen können, und um dann selbst entscheiden zu können, ob wir gegebenenfalls vor Beginn der Sit-

zungen ein Rederecht beantragen, um Anregungen geben zu können.« Gefordert wird ferner ein Rederecht, kein Stimmrecht, bei Sitzungen der Gemeindevertretung und deren Ausschüssen, um bei Bedarf beratend an Entscheidungsfindungen, die inhaltlich auch für Senioren wichtig sind, teilzuhaben.

Für den Seniorenbeirat zeigt sich ein unverständliches Verhalten der Gemeindeparlamentarier. Der Ausschuss für Jugend, Senioren, Soziales, Kultur und Sport habe am 20. Juni nach eingehender Beratung die gewünschte Satzungsänderung befürwortet und einstimmig der Gemeindevertretung in deren Sitzung am 15. September zur Beschlussannahme empfohlen. »Mit großem Befremden mussten dann die bei der Gemeindevertreter-sitzung anwesenden Mitglieder des Seniorenbeirates zur Kenntnis nehmen, dass die Gemeindevertreter ohne Wortmeldungen bzw. Aussprachen die gewünschte Satzungsänderung mehrheitlich mit den Stimmen der BGG- und der UBL-Fraktion ablehnten, während die SPD-Fraktion geschlossen für den Antrag stimmte.« Aufgrund dieser Tatsache verließen alle Mitglieder des Seniorenbeirates geschlossen

die Sitzung, um ihren Unmut zum Ausdruck zu bringen (die AZ berichtete).

Der Seniorenbeirat fragt sich, »welche Vorbehalte oder gar Ängste die Mehrheit der Gemeindevertretung gegenüber einem von 30% der Bevölkerung demokratisch gewählten Gremium hat, dass sich für die Belange der älteren Menschen in der Gemeinde einsetzt«. Offensichtlich würden die älteren Bürger schon abgeschrieben und »nur noch hofiert, wenn bei den Kommunalwahlen ihre Stimme gebraucht wird«. So hätten BGG und UBL vor der Kommunalwahl die Arbeit des Seniorenbeirates wichtig und unterstützenswert genannt. Insofern sei das Verhalten der betreffenden Parlamentarier für den Seniorenbeirat unverständlich, ja es zeuge sogar in einem hohen Maße »von absoluter Intoleranz gegenüber einem demokratisch gewählten gemeindlichen Gremium«. Der Seniorenbeirat hofft und wünscht, dass durch ein wie auch immer geartetes Vorgehen des Parlamentes »diese Fehlentscheidung im Interesse der älteren Bevölkerung, für deren Anliegen einzutreten er laut Satzung verpflichtet ist, baldmöglichst korrigiert wird«, so Vorsitzender Krug.